

historycast

was war – was wird



Unterrichtsmaterial zu Folge 12

WIESBADEN 1985: EIN MINISTER IN TURNSCHUHEN. ZUM ENDE DER „WOHLGEORDNETEN“ DEMOKRATIE

Almut Finck im Gespräch mit Paul Nolte

Schritt 1: Ein Minister in Turnschuhen statt in Anzug und Krawatte – Demokratie im Wandel?



Abbildung 1

Turnschuhe, in denen Joschka Fischer 1985 den Amtseid als Umweltminister von Hessen ablegte. <https://bit.ly/3BqSrvr>, Zugriff: 1.8.2022, Lizenz: Anmab82, via Wikimedia Commons

D1 Auszug aus dem historycast „Wiesbaden 1985: Ein Minister in Turnschuhen. Zum Ende der „wohlgeordneten“ Demokratie“ mit Dr. Paul Nolte

Das Interview findet sich unter <https://historycast.podigee.io/s1e12-neue-episode> [Auszug von Minute 03:53 bis 11:07]

- 1 **Sie entwickeln in Ihren Texten zwei Begriffe, den Begriff der wohlgeordneten und den der rauen Demokratie. Das sind ja sehr, sehr plastische Begriffe, auch nicht ganz unbekannt.**
- 5 **Und Sie beschreiben die Entwicklung, die wir heute beobachten, hin von einer wohlgeordneten zu einer rauen, ruppigen Demokratie. Fangen wir mal mit dem Wohlgeordneten an. Woher kommt das?**
- 10 Darunter stellen wir uns eine Demokratie vor, die zunächst einmal in sehr klaren institutionellen Bahnen verläuft, also das, was in den Geset-

zen steht, in der Verfassung, das findet auch so statt, und das ist dann auch im Wesentlichen die Demokratie. Also eine Demokratie in einer verfassungsmäßig geordneten Box. Und davor entstand die Demokratie auch in sehr rauen und ruppigen Verhältnissen, aber im Laufe des 19. Jahrhunderts gab es eine Entwicklung, in der viele Formen von rauem, ungeordnetem Verhalten eingeordnet wurden, diszipliniert wurden, könnte man auch mit dem großen französischen Soziologen und Philosophen Michel Foucault sagen, also Disziplinierungsprozesse, die dahin geführt haben, dass zum Beispiel die Unterschichten, die Arbeiterbewegung, die ja ganz zentral gewesen ist, auch in Deutschland für die Entwicklung von Demokratie, also Demokratie aus der Arbeiterbewegung, aus der Sozialdemokratie, da waren die konservativen monarchischen Bürger oft noch lange nicht so weit – die wurden ja auch ganz stark durch die Partei und die Gewerkschaften eingeehgt ...



Mit anderen Worten, die gingen nicht mehr auf die Straße, auf die Barrikaden,

35 Genau, ja.

... die traten in die SPD ein.

Keine wilden Streiks mehr, sondern wenn, dann Streiks, die von der Gewerkschaft angesetzt waren und nicht einfach Revolution auf der Straße machen, sondern das wird alles in der Partei-zentrale geplant und vielleicht am Tag xy in der Zukunft, und so lange machen wir solide parlamentarische Arbeit. Auch die Organisierung, die hochgradige Organisierung der Gesellschaft in Gewerkschaften, Parteien, nicht nur der SPD, in Vereinen, die berühmte deutsche Vereinsmeierei gehört auch dazu. Also wir haben uns organisiert und diszipliniert. Wir haben uns, wenn wir Mitglieder waren, den Vorsitzenden der Vereine oder der Parteien dann untergeordnet. Die haben für uns gesprochen, das Wort geführt. Und dieser ganze Zustand der Organisiertheit der Gesellschaft, der löst sich ja seit einigen Jahrzehnten auf. Mit Folgen, die wir auch an anderen Stellen, nicht nur im Blick auf die Demokratie oder die politischen Zustände, diskutieren. Aber eben auch da. Wie artikulieren wir uns eigentlich politisch, wenn die Menschen nicht mehr in Parteien eintreten? Die SPD oder die CDU haben weniger als halb so viel Mitglieder, als sie zum Höhepunkt ihrer Entwicklung in den 1970er Jahren gehabt haben. Diese Entwicklung setzt sich fort. Die Menschen gestalten ihr Leben, ihre Freizeit allein. Sie gehen ins Fitnessstudio, statt in den Sportverein einzutreten. Also, an vielen Stellen erleben wir etwas, was man dann kritisch gewendet auch als eine Fragmentierung, als eine Ent-Organisierung beschreiben kann.

Zurück zu dem Wohlgeordneten. Das klingt etwas langweilig, so ein bisschen nach Napfkuchen und Samstagabendprogramm. Und sonntags gehen wir in die Kirche, und alle vier Jahre gehen wir hinterher ins Wahllokal. Diese Art von der guten alten Demokratie, wann war denn da der Höhepunkt?

Ich würde sagen, der Höhepunkt war in der Nachkriegszeit. In Deutschland, in der Bundesrepublik Deutschland. In den 50er Jahren musste sich ja auch die neue westdeutsche Demokratie erst einmal finden. Dann vor allen Dingen in den

60er und 70er Jahren. Und dann fangen auch schon die Umbrüche und Auflösungsprozess an. Das war der Zeitpunkt des Höhepunktes der Organisierung von Gesellschaft, der Höhepunkt auch der Verdichtung unseres Parteiensystems. Auch das ist ja ein Phänomen dieser rauerer Demokratie, dass das Parteiensystem sich pluralisiert. Wir haben nicht mehr nur zwei, oder, wie man in den 70er Jahren sagte, ein zweieinhalb Parteiensystem, zwei große Volksparteien mit über 40 Prozent, die Union und die SPD, und dazwischen noch diese halbe Partei FDP, die dann für die Regierungsbildung den Ausschlag gab. Jetzt haben wir fünf, sechs, sieben Parteien. Wer weiß, wie viele es noch sein werden? Einen viel höheren Anteil von Wählerinnen und Wählern, die ihre Stimme sogenannten sonstigen oder kleineren Parteien geben, einen viel höheren Anteil von Nichtwählern, bei denen ja immer noch auch gerätselt wird: Wie viele von denen sind jetzt ganz unpolitisch, verweigern sich der Demokratie? Nein, nicht alle. Aber diese ganze Landschaft dessen, was man die politische Gesellschaft nennt, also unsere Gesellschaft, insoweit sie politische Überzeugungen hat und die auch äußert, und auch in Organisierung, Meinungsbildung schließlich, dann darum geht es ja in Politik, Entscheidungsfindung, trägt. Das ist alles viel komplexer geworden. Und der Höhepunkt dieser Verdichtung, ja, der war ganz stark in den 60er und 70er Jahren, auch über die Bundesrepublik hinaus. Anderswo haben wir ähnliche Phänomene. In den USA zum Beispiel geht ja die Rauheit, die Polarisierung, die Schroffheit der gesellschaftlichen und kulturellen Kontroversen, die unter der Präsidentschaft Donald Trumps einen neuen Höhepunkt erreicht hat, auch unzweifelhaft auf die späten 1970er, auf die 1980er Jahre zurück.

Wir haben hier anstelle einer ganz klar geordneten, mit einem Links-Rechts-Schema, repräsentativen Demokratie so etwas wie eine Bewegungs-Demokratie. Das heißt, in vielen kleinen Gruppen, auch durchaus größeren, in spontanen Gruppen, immer wieder organisieren sich Leute, machen etwas. Das ist einerseits kein schlechtes Phänomen. Das zeigt ja, dass am Patienten laboriert wird, dass da was



130 passiert. Andererseits erleben wir aber auch,
135 dass sich viele sehnen nach dieser alten Si-
cherheit. Liegt das an einem Sicherheitsden-
ken, einem besonders deutschen? Warum seh-
nen sich viele nach diesem Zustand der klaren
Definitionen?

135 Also, erst mal ist diese neue Bewegung ja auch
eine alte Bewegung. Dass Menschen sich in Ini-
tiativen organisiert haben oder in Vereinen, in
dem, was wir seit einiger Zeit Zivilgesellschaft
140 nennen, zivilgesellschaftliche Demokratie, heute
auch vermehrt unter dem Stichwort Aktivismus
verhandeln, Aktivisten sind da unterwegs und
machen, ja, den Politikern und Politikerinnen im
Parlament oder in den etablierten Parteien Bei-
ne – das hat es ja schon länger gegeben. Das war
145 dann auch schon ...

Das haben wir schon in den 80ern ...

145 Sogar auch im 19. Jahrhundert und noch davor, in
der Zeit, in der Menschen überhaupt angefangen
haben, sich frei zu organisieren, letztlich auch
150 ein Phänomen der Aufklärungszeit im späten

18. Jahrhundert und dann vor allen Dingen des
19. Jahrhunderts. Dann gab es einen Schub ganz
stark in den 1970er, 80er Jahren als Folge auch
155 der 68er-Bewegung, der Studentenbewegung,
Friedensbewegung, Umweltbewegung, neue
Frauenbewegung, nicht zuletzt. Das ist eine Spur,
die sich fortsetzt und von der wir jetzt merken,
dass sie nicht nur irgendwie ein Anhängsel oder
ein Schmierstoff oder eine Voraussetzung von
160 parlamentarischer Demokratie ist, sondern dass
sie eine eigenständige Bedeutung hat und auch
für sich beansprucht, so wie das die Aktivisten
heute tun. Die wollen ja keine Interessengrup-
pe sein, wie der Verband der Automobilindus-
165 trie, der bei dem Parlamentarier vorspricht und
dann das Gesetz in die eine oder andere Rich-
tung verschoben haben möchte. Sondern diese
sozialen Bewegungen, Aktivisten, erheben einen
Anspruch nicht als Einspeisung in die repräsen-
170 tative und parlamentarische Politik, sondern auf
eigenständige demokratische Legitimität neben
dieser repräsentativen Säule.

Impulse



„Tabubruch in Turnschuhen“ – mit Schlagzeilen dieser Art berichteten Zeitungen 1985 über die Amtsvereidigung von Joschka Fischer. Dieser war in weißen Turnschuhen zu seiner Vereidigung als Umweltminister von Hessen erschienen. In einer Zeit, in der praktisch alle Politiker Anzug und Krawatte trugen ein ungewohntes Bild. In Rückblicken wird dieser Moment oft als Sinnbild für den Wandel der Demokratie beschrieben – ein erster Schritt weg von einer sehr förmlichen, staatstragende Demokratie hin zu einer rauerer Demokratie. Untersuche diese Entwicklung anhand nachfolgender Arbeitsaufträge.

- Betrachte das Bild der Turnschuhe von Joschka Fischer (Abb. 1) und notiere Deine ersten Assoziationen.
- Lies den Auszug aus dem Interview mit Professor Paul Nolte (D1). Er unterscheidet zwischen einer „wohlgeordneten“ und einer „rauen“ Demokratie. Arbeite die Unterschiede zwischen den beiden Begriffen heraus und skizziere sie in einer Mind-Map.
- Nimm Stellung zu der Schlagzeile, dass die Vereidigung in Turnschuhen ein „Tabubruch“ sei.

Schritt 2: Konfliktlinien in der Gesellschaft – die Cleavage-Theorie

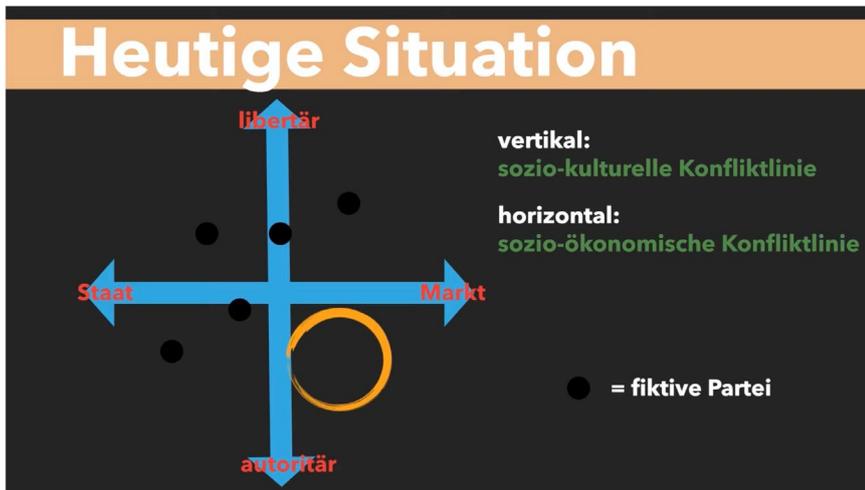


Abbildung 2:

Ausschnitt aus einem Erklärvideo zur Cleavage-Theorie (einsehbar unter: <https://bit.ly/3ejKDSV>, Zugriff: 20.08.22).

Die Cleavage-Theorie ist eine politikwissenschaftliche Theorie, die versucht, die Entwicklung von Parteien und politische Gruppierungen anhand von Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft zu erklären. Sie geht davon aus, dass sich die Gesellschaft nicht einfach in zwei Gruppen von Gegnern und Befürwortern politischer Fragestellungen teilt, sondern, dass viele Menschen eine Entscheidung weder komplett ablehnen noch ihr vollkommen zustimmen. Die Theorie wurde 1967 von den Politikwissenschaftlern Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan entwickelt. Sie haben vier grundlegende Konfliktlinien innerhalb der Gesellschaft identifiziert, die sie als Ausgangspunkt für die Entwicklung von politischen Parteien betrachten.

Impulse



- Schaut euch das Erklärvideo zur Cleavage-Theorie an (einsehbar unter: <https://bit.ly/3ejKDSV>, Zugriff: 20.08.22) und fasst die vier traditionellen Konfliktlinien zusammen.
- Überprüft die traditionellen Konfliktlinien hinsichtlich ihrer Aktualität und begründet eure Entscheidung.
- Diskutiert in der Gruppe, ob sich weitere neue Konfliktlinien gebildet haben. Notiert eure Erkenntnisse in einem Schaubild.

Tipp: Erste Ideen könnt Ihr z.B. in diesem Beitrag des Deutschlandfunks zu „Ungleichheit in Deutschland“ finden (<https://bit.ly/3cMn1pH>, Zugriff: 26.9.22)

Schritt 3: Demokratie in der Krise?



Abbildung 3: Schild: Ihr seid NICHT das Volk.

Foto: wikimedia / Raimond Spekking; CC BY-SA 4.0

**„Wir leben nur scheinbar in einer Demokratie.
Tatsächlich haben die Bürger nicht zu sagen“**

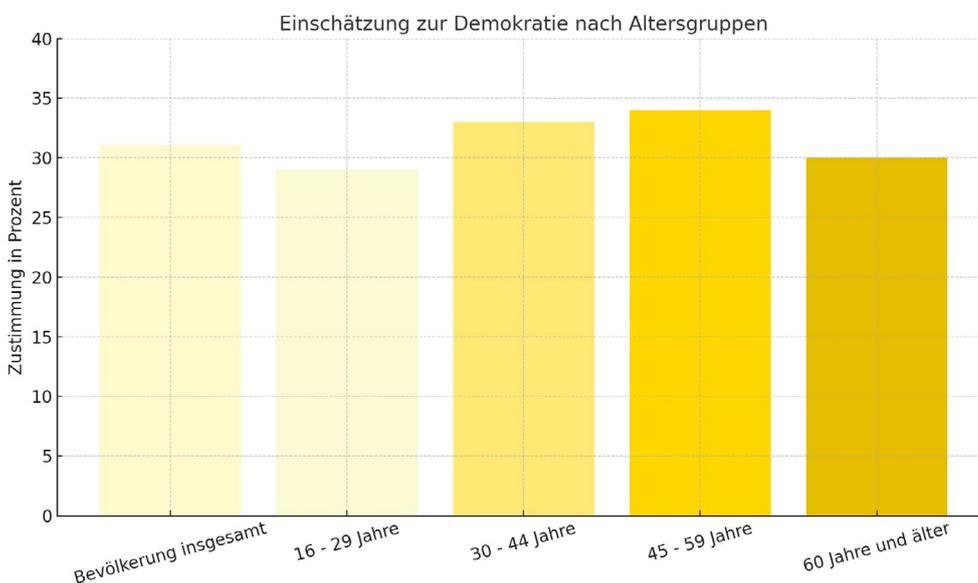


Abbildung 4

Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. In Auftrag gegeben vom SWR.

Quelle: Allensbacher Archiv,

Umfrage 12049

(bit.ly/3AHRPzO,

Zugriff: 20.08.2022.)

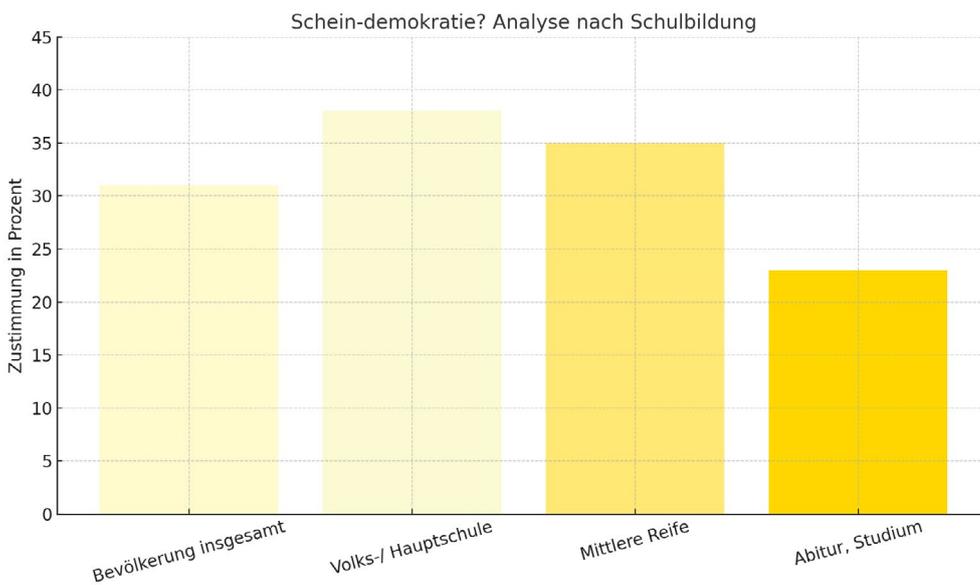


Abbildung 5

Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. In Auftrag gegeben vom SWR.

Quelle: Allensbacher Archiv, Umfrage 12049.

(<https://bit.ly/3BeDxIs>, Zugriff: 20.08.2022.)

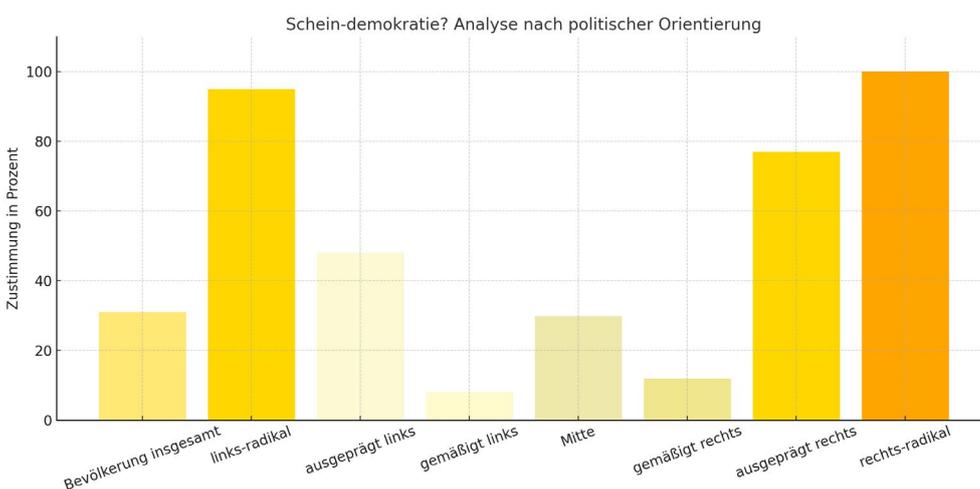


Abbildung 6

Ergebnis einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach. In Auftrag gegeben vom SWR.

Quelle: Allensbacher Archiv, Umfrage 12049.

(<https://bit.ly/3BeDxIs>, Zugriff: 20.08.2022.)



Impulse

Beindet sich die Demokratie in einer Krise? Ein Teil der Deutschen scheint am politischen System der Bundesrepublik zu zweifeln. Das legt zumindest das Ergebnis einer Umfrage Anfang des Jahres 2022 nahe. Rund 1000 Menschen wurden zu Ihrer Einstellung zur Demokratie in Deutschland befragt. Meinungen, die die Demokratie in Frage stellen scheinen verbreiteter als bisher angenommen.

- Betrachtet das Foto (Abbildung 3). Notiert, welche Fragen und Gedanken ihr habt.
- Schaut euch die drei Diagramme (Abbildungen 4-6) an. Überlegt gemeinsam, welche Erkenntnisse ihr daraus ablesen könnt.
- Wertet die Diagramme nacheinander aus. Nachfolgende Schritte können euch dabei helfen. In Kursiv stehen Formulierungshilfen, die ihr nutzen könnt:
 1. Das Diagramm einordnen (Worum geht es?)
 - In dem Diagramm geht es um...
 - Das Schaubild zeigt...
 - Die Daten stammen aus einer Umfrage von...
 - Die vorliegende Grafik gibt Auskunft über...
 2. Das Diagramm beschreiben (Wie ist das Diagramm aufgebaut?)
 - Die Daten/Informationen sind in einem Säulendiagramm/Kreisdiagramm /... dargestellt...
 - Die Angaben sind in Prozent/absoluten Zahlen/... dargestellt
 - Aus dem Schaubild geht hervor (geht nicht hervor), dass...
 - Der Grafik lässt sich entnehmen, dass...
 3. Das Diagramm auswerten (Zu welcher Schlussfolgerung kann man kommen?)
 - Abschließend kann man feststellen, dass...
 - Die Grafik zeigt deutlich, dass...
- Erörtert, welche Bevölkerungsgruppen laut der Umfrage das geringste Vertrauen in die Demokratie haben.

Schritt 4: Demokratie – die beste Staatsform?



Abbildung 6

Ausschnitt aus einem Erklärvideo zur „Krise der Demokratie“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. (Einsehbar unter: <https://bit.ly/3x03Y22>, Zugriff: 20.08.22)

D2 Auszug aus einem Beitrag von Hans Vorländer (Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dresden): „Demokratie – in der Krise und doch die beste Herrschaftsform“?

1 „[...] Schon seit ihrer Entstehung in der Antike stößt die Demokratie immer wieder auf Kritik und zeitweilig sogar auf Feindschaft. Gegenwärtig lassen tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Weltpolitik den Eindruck entstehen, die Demokratie befinde sich in einer Krise. Politische Bewegungen sind entstanden, die mit Berufung auf ‚das Volk‘ Politik und Medien fundamental kritisieren und die Funktionsfähigkeit der Demokratie in Zweifel ziehen.

Neben politischer Polemik gibt es indes auch begründete Kritik. Diese benennt Probleme, die mit der Demokratie zusammenhängen und von ihr erzeugt werden. Zuletzt sind folgende Kritik-

punkte vorgetragen worden:

- Erstens wird die Komplexität und mangelnde Transparenz demokratischer Entscheidungsverfahren kritisiert. Verantwortlichkeiten seien in der Mehr-Ebenen-Demokratie, die von den Kommunen über die Länder, den Nationalstaat bis zur Europäischen Union reicht, nicht mehr erkennbar und folglich auch nicht zurechenbar und kontrollierbar.
- 25 – Zweitens werde der demokratische Prozess von Strukturen transnationalen Regierens überlagert, welche nicht oder nur unzureichend demokratisch legitimiert seien. Daraus erwachsen Entscheidungen mit nachteiligen Auswirkungen auf den Nationalstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- 30 – Drittens erfüllten Parteien ihre Vermittlungsfunktion zwischen der Gesellschaft und dem Staat nur unzureichend, weshalb die Bürgerinnen und Bürger ihnen das Vertrauen entzögen und ihre Mitgliedschaft aufkündigten.

– Viertens nähmen die Medien ihre aufklärende und bildnerische Aufgabe für die Politik nicht mehr wahr; Unterhaltung ersetze Information, Stimmungen träten an die Stelle von Inhalten. Auch würden die audiovisuellen Medien und Printmedien die Wirklichkeit sowie die Sorgen und Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr widerspiegeln und so bei diesen an Glaubwürdigkeit verlieren.

– Schließlich hätten die Finanzkrisen seit 2008 gezeigt, dass global agierende Investoren, Banken und Unternehmen einerseits und supranationale Regime wie die Weltbank oder die Welthandelsorganisation (WTO) andererseits die Welt ‚regierten‘ und an die Stelle der Demokratie die Herrschaft der freien, deregulierten Märkte getreten sei. Die Globalisierung schade den nationalen Volkswirtschaften, bewirke Deindustrialisierung und schwäche die Arbeitsmärkte. Die Folge seien soziale und ökonomische Verwerfungen, eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich, kurzum: die Globalisierung schaffe Verlierer, die auch im politischen System nicht mehr gehört würden. Populistische Bewegungen werden vielfach als Reaktion auf diese Entwicklungen angesehen, womit die Spaltung der Gesellschaft nur vertieft und die Krise der Demokratie verschärft werde. [...]

Es ist zweifellos sinnvoll, sich der Gefährdungen und Herausforderungen der gegenwärtigen Demokratie bewusst zu sein. Doch sollten die Maßstäbe der Kritik nicht so weit verschoben werden, dass die Demokratie viel zu hohen normativen Erwartungen ausgesetzt wird und ihr deshalb in einer Krise kaum noch Chancen gegeben werden [...] Die Demokratie mag nur als das kleinere Übel angesehen werden, vereint aber andererseits so viele

Vorteile auf sich, dass sie weiterhin als die beste bekannte Herrschaftsform bezeichnet werden kann. Einer dieser Vorteile ist ihre Lernfähigkeit, die sie in die Lage versetzt, auch große Herausforderungen zu bestehen, Probleme zu bewältigen und dabei ihre Nachteile so zu verarbeiten, dass sie gestärkt aus Krisen hervorgeht. So ist die Demokratie eben keine einfache Volksherrschaft mehr und damit nicht in Gefahr, den Befürchtungen der Kritiker in Antike und früher Neuzeit zu entsprechen, sie führe zu ‚Pöbelherrschaft‘ (Aristoteles), zu Verfall (Platon) und Anarchie (Machiavelli).

Die moderne Demokratie ist gemäßigt, basiert auf Gewaltentrennung, repräsentativer Willens- und Entscheidungsbildung und – ganz entscheidend – auf Recht und Verfassung. Mit der Achtung von Recht und Gesetz, mit unabhängigen Gerichten und einer Verfassungsgerichtsbarkeit kann auch der von Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill in der Mitte des 19. Jahrhunderts beschworenen Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit begegnet werden. Individuen und Minderheiten müssen sich nicht bedingungslos einer Mehrheit beugen, die sich ja auch irren kann. Leben, Freiheit und Eigentum genießen den Schutz des Rechtes. Individuelle Freiheit und demokratische Selbstregierung lassen sich in der modernen Demokratie miteinander vereinbaren.

Auch für das sogenannte Paradox der Demokratie wurde eine Lösung gefunden. Wird sie als unbegrenzte Mehrheitsherrschaft verstanden, dann hätte diese Mehrheit auch die Möglichkeit, die Demokratie abzuschaffen. Heutige Demokratien errichten Hindernisse der Selbstpreisgabe. Zum einen stößt die schlichte Mehrheitsherrschaft an die Grenzen des Rechtes und der Verfassung, zum anderen versucht die Demokratie schon im

115 Vorfeld, solchen Bestrebungen entgegenzutreten, die eine Abschaffung der Demokratie – sei es mit Gewalt oder auf parlamentarischem Wege – fordern. Die Demokratie ist – in Deutschland vor allem nach den Erfahrungen von Weimar – wehrhaft geworden.

120 Demokratien haben auch gelernt, mit grundlegenden gesellschaftlichen Problemen umzugehen. Sie können besser als nicht-demokratische Systeme zwischen Staat und Gesellschaft vermitteln. Durch Repräsentativität und Responsivität ihrer Institutionen greifen sie Problemlagen aus der Gesellschaft auf und entschärfen sie, indem sie sie zu allgemein verbindlichen Entscheidungen verarbeiten. So hat sich durch die Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen in Reaktion auf die ‚soziale Frage‘ beispielsweise die soziale Demokratie herausgebildet. Gleichwohl vermag die Demokratie keineswegs alle Probleme zu lösen. Immer wieder wird ihr vorgehalten, dass sie nur die gut organisierten und machtvoll artikulierten Interessen berücksichtige und dabei nur die kurzfristigen Ziele, nicht aber das nachhaltige Gemeinwohl, auch nicht die Belange nachfolgender Generationen, im Auge habe. Das mag in der Tat eine Achillesferse der Demokratie sein, aber ein prinzipieller Einwand gegen diese Herrschaftsform ist es nicht.

145 Die Demokratie ist die einzige Herrschaftsform, die es den Bürgerinnen und Bürgern erlaubt, Regierende zu sanktionieren, ohne das politische System selbst beseitigen zu müssen. Politische Führung kann ausgewechselt werden, weil es in der Demokratie nur Herrschaft auf Zeit gibt. Die Opposition von heute kann morgen schon Regierung sein, aus einer Minderheit kann eine Mehrheit werden. Transparenz ermöglicht Kontrolle und schützt vor Machtmissbrauch. Konflikte können bewältigt werden, ohne dass die Kontrahenten zu Mitteln der Gewalt greifen müssen. Und vor allem: Nur der Wille der Bürgerinnen und Bürger, artikuliert in Wahlen und Abstimmungen, begründet und legitimiert die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Nur die Demokratie bietet den Menschen die Chance, sich umfassend an Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, und das in vielen Weisen: vom Engagement in Parteien über Bürgerinitiativen bis zu Protestaktionen. Denn schon die alten Griechen wussten es, als sie die Demokratie erfanden: Die Politik ist vor allem die Sache der Bürgerschaft.“

(Gedruckt in: Demokratie. Informationen zur politischen Bildung. 332 (1/2017), S. 72-81.)

Impulse



Die Demokratie hat sich im Lauf der Geschichte stets verändert und ist vielen Herausforderungen begegnet. Auch gerade in jüngster Zeit steht die Demokratie immer wieder in der Kritik. Aktuelle Umfragen zeigen, dass viele Menschen ihr Vertrauen in die Demokratie als beste Staatsform verloren haben (vgl. Schritt 3). Steckt die Demokratie nur in einer Krise oder gibt es begründete Kritik an ihrer Funktionsfähigkeit? Untersuche diese Frage anhand der nachfolgenden Arbeitsaufträge. <https://bit.ly/3TGb8SV>

- Sieh Dir das Erklärvideo zur „Krise der Demokratie“ an ((Einsehbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=8_PRpiGQfyw, Zugriff: 20.08.22).
 - Notiere die Punkte, die dafür sprechen, dass die Demokratie in einer Krise steckt und die Punkte, die dagegen sprechen.
 - Fasse die Pro- und Kontra-Punkte in einer Tabelle zusammen.

Was für eine Krise spricht

Was gegen eine Krise spricht

- Lies den Text von Hans Vorländer (D2).
 - Unterstreiche alle Vorteile, die er für die Staatsform Demokratie nennt im Text grün, alle Nachteile rot.
 - Notiere Dir alle Vor- und Nachteile in einer Mind-Map.
- Winston Churchill, ehemaliger Premierminister von Großbritannien, äußerte sich zur Demokratie mit folgenden Worten: „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“ Nimm begründet Stellung zu seiner Aussage.

historycast



was war – was wird

Impressum

Autorin Katharina Grannemann,
katharina.grannemann@grannemann.info
Redaktion Theresia Jägers, Dr. Helge Schröder
dr.helge.schroeder@gmail.com
Layout Kai D. Röwer, roewer.graphics

Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Illustrationen © Irmela Schautz, www.irmela-schautz.de